

4. April 2007
Der Standard

Das klimapolitische Déjà-vu

Das Kiotoziel wird Österreich mit dieser Strategie nicht erreichen - Von Helmut Haberl

Die EU-Kommission hat die KohlendioxidEmissionsrechte der heimischen Industrie reduziert - solange der Klimaschutz unabhängig von finanzpolitischen Maßnahmen betrieben wird, kann Österreich das Kioto-Ziel dennoch nicht erreichen.

Zwei scheinbar unabhängige Aktivitäten der Bundesregierung prägten die innenpolitische Diskussion der letzten Wochen: Die Verabschiedung der Klimastrategie und die Präsentation der Budgets für 2007 und 2008. Dass diese beiden Themen nichts miteinander zu tun haben, erscheint selbstverständlich - und doch liegt genau hier der Hund begraben. Denn solange Klimaschutz und Wirtschaftspolitik, und dabei insbesondere die Finanzpolitik, voneinander unabhängig betrieben werden, können wir uns das Ziel einer Trendwende bei den Treibhausgasemissionen aufzeichnen - real passieren wird wenig bis nichts. Das ist allerdings nicht nur ein umweltpolitisches, sondern auch ein schweres finanzpolitisches Versäumnis - und wird uns teuer zu stehen kommen.

Déjà vu - dieser Eindruck drängte sich einem langjährigen Beobachter der heimischen Energiepolitik bei einer Analyse der Klimaschutzstrategie auf. Diese besteht aus einem technologiepolitischen Maßnahmenpaket, das die Energieeffizienz steigern und den Umstieg auf erneuerbare Energieträger vorantreiben soll. Dazu kommt eine Anhebung der Treibstoffsteuern um drei Cent bei Benzin und fünf Cent bei Diesel.

Das Kiotoziel wird Österreich mit dieser Strategie nicht erreichen. Zum Teil liegen die Ursachen dafür in der Vergangenheit. Maßnahmenkataloge zur Technologieförderung - wie die Klimastrategie - finden sich in den offiziellen Energiekonzepten der letzten Jahrzehnte zuhauf. Die ewig gleichen Listen mit guten Vorsätzen konnte man schon kaum mehr lesen, denn ein Großteil der Maßnahmen blieb in der Schublade. Zugegeben, das wird sich nun teilweise ändern, weil mit dem mit 500 Mio. Euro dotierten Klimaschutzfonds erstmals Geld für die Umsetzung verfügbar ist.

Illusorisches Ziel

Die seit fast zwei Jahrzehnten proklamierte Klimaschutzpolitik - 1990 setzte sich die österreichische Bundesregierung das Ziel, die CO₂-Emissionen um ein Viertel zu verringern - blieb folgenlos, die Treibhausgasemissionen stiegen munter weiter. Gegenüber dem Stand von 2005 müssten die Emissionen inzwischen um über 30 Prozent verringert werden. Dieses Ziel bezieht sich auf den Durchschnitt der Jahre 2008-2012, die Emissionen von 2008 werden also bereits mitgerechnet. Das Reduktionsziel noch zu erreichen, ist angesichts der energiepolitischen Untätigkeit seit 1990 illusorisch geworden. Das haben SPÖ und ÖVP fast gleichermaßen zu verantworten, denn die vergangenen sechs Jahre, an die die SPÖ jetzt gerne erinnert, machen nur ein Drittel dieses Zeitraumes aus.

Wichtiger als die Klage über vergangene Versäumnisse ist es aber, darauf hinzuweisen, dass die Bundesregierung weiterhin dem Motto "Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass" huldigt. Zur Lösung der Klimaprobleme kann es nicht genügen, ein wenig Geld (150 Mio. Euro sind beschämende 0,05 Prozent des für 2008 erwarteten Bruttoinlandsproduktes!) in saubere Technologien zu stecken. Das Funktionieren unserer Gesellschaft ist so stark von der Energieverfügbarkeit abhängig, dass ohne eine grundlegende Änderung der

Produktions- und Konsummuster das Wachstum der Treibhausgasemissionen nicht gebrochen werden kann. Schlimmer noch: Die Subventionierung von Energieeffizienztechnologien kann ohne flankierende Maßnahmen sogar kontraproduktiv sein. Steigt die Energieeffizienz, so verbilligen sich unter Umständen die Energiedienstleistungen - und werden in der Folge verstärkt nachgefragt. Dieser "Rebound-Effekt" kann einen erheblichen Teil der Einsparung auffressen, im Extremfall sogar zu einer Steigerung der Energienachfrage führen.

Zusätzliche Maßnahme

Neben der Technologiepolitik wären daher vor allem zwei Bereiche wichtig: Die Finanz- und Steuerpolitik und die Infrastrukturpolitik. Auf beiden Ebenen passiert fast gar nichts. Die Anhebung der Treibstoffsteuern um 3-5 Cent wird nicht einmal ausreichen, um die Treibstoffpreise auf das Niveau der Nachbarstaaten anzuheben und den Tanktourismus zu beenden: Die Preisunterschiede zwischen Österreich und Deutschland/Italien betragen laut ÖAMTC 17-27 Cent/Liter.

Nötig wäre eine umfassende sozial-ökologische Steuerreform, bei der eine deutliche Verteuerung des Ressourcenverbrauchs durch eine Entlastung des Faktors Arbeit kompensiert würde. Nur so kann dem Rebound-Effekt entgegengewirkt werden. Seit über zehn Jahren ist in Expertenkreisen weitgehend unumstritten, dass eine solche Reform nicht nur die Treibhausgasemissionen, sondern auch die Arbeitslosigkeit verringern könnte, ohne der Gesamtwirtschaft zu schaden. Sie wurde nicht einmal angedacht.

Verkehrsvermeidung

Dazu müsste eine Änderung der Prioritäten in der Infrastrukturpolitik kommen. Nicht nur eine Verlagerung vom Luft- und Straßenverkehr zur Bahn, sondern vor allem konsequente Verkehrsvermeidung durch andere Siedlungs- und Produktionsstrukturen wäre nötig, um dem rasanten Wachstum der Treibhausgasemissionen aus dem Verkehr (plus 90 Prozent seit 1990!) langfristig entgegenzuwirken. Doch von der dazu nötigen Revision des Gesamtverkehrskonzepts ist keine Rede.

Das Grazer Wegener Center rechnet daher damit, dass Österreich im Zeitraum 2008-2012 Emissionsrechte von 20-30 Mio. Tonnen CO₂ pro Jahr zukaufen wird müssen. Derzeit liegt der Preis für Emissionsrechte über 10 Euro pro Tonne, ergibt über fünf Jahre eine bis eineinhalb Milliarden Euro. Die meisten Experten erwarten, dass die Preise deutlich steigen werden, dann würde es noch viel teurer. Dieses Geld, das Steuerzahler aufbringen müssen, fließt dann ins Ausland, zum Unterschied vom Ertrag einer CO₂-Steuer: Der würde zum Budget beitragen, im Inland bleiben und könnte hier helfen, Steuerentlastungen in anderen Bereichen zu finanzieren. All das weiß man seit über einem Jahrzehnt, aber... - déjà vu. (DER STANDARD, Print-Ausgabe, 4.4.2007)

Zur Person

Helmut Haberl lehrt Humanökologie am Wiener Institut für Soziale Ökologie der Universität Klagenfurt und ist Mitglied des "Forum nachhaltiges Österreich", eines Expertengremiums zur Beratung der österreichischen Bundesregierung in Nachhaltigkeitsfragen.

Link zum Online-Artikel:

<http://derstandard.at/?url=/?id=2828241>